

Nomos **HANDKOMMENTAR**

Kelp | Mels [Hrsg.]

GeschGehG

Gesetz zum Schutz von
Geschäftsgeheimnissen



Nomos

NomosHANDKOMMENTAR

Dr. Ulla Kelp, LL.M. | Dr. Philipp Mels [Hrsg.]

GeschGehG

Gesetz zum Schutz von
Geschäftsgeheimnissen

Prof. Dr. Michael Bohne, Düsseldorf | RAin **Elisaveta Breckheimer**, FAin GewRS, Düsseldorf | Rin **Almuth Buschmann**, Halle (Saale) | RA **Gereon Conrad**, LL.M., Düsseldorf | RA **Dr. Michael Grobe-Einsler**, Düsseldorf | RA **Dr. Lukas Kalkbrenner**, LL.M., Freiburg i. Br. | RAin **Dr. Ulla Kelp**, LL.M., FAinArbR, FAIT-Recht, FAinGewRS, Düsseldorf | RA **Dr. Philipp Mels**, FAGewRS, Düsseldorf | RA **Felix Meurer**, Berlin | RAin **Maren Müller-Mergenthaler**, LL.M., FAinGewRS, Düsseldorf | **Prof. Dr. Patrick Ostendorf**, LL.M. (King's College London), Berlin | **Prof. Dr. Kristoff Ritlewski**, LL.M. (Chicago-Kent), Berlin | RA **Philippe J. Träm**, LL.M., Düsseldorf



Nomos

Zitiervorschlag: HK-GeschGehG/Bearbeiter GeschGehG § ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-5462-5

1. Auflage 2025

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2025. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

In einer Zeit, in der Know-how und Informationen den entscheidenden Vorsprung im Wettbewerb bedeuten, aber auch erhebliche Investitionen erfordern können, ist der Schutz von Geschäftsgeheimnissen von zentraler Bedeutung für den unternehmerischen Erfolg. Umgekehrt ist weder wirtschaftlicher Erfolg ohne Innovation, noch Innovation ohne den Austausch von Know-how denkbar. Diese Ausgangslage wird durch den zunehmenden Fachkräftemangel und die einhergehenden häufigeren Arbeitsplatzwechsel befeuert, weil diese typischerweise ein erhöhtes Risiko für die unbefugte Weitergabe und Nutzung von Geschäftsgeheimnissen mit sich bringen.

Mit der Geschäftsgeheimnis-Richtlinie (EU) 2016/943 wurde erstmals ein harmonisierter rechtlicher Rahmen des Rechts der Geschäftsgeheimnisse innerhalb der Europäischen Union etabliert. Grund dafür war die Erkenntnis, dass durch die in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlichen Regelungen Hemmnisse für den Binnenmarkt bestanden, ebenso wie die Erkenntnis der Notwendigkeit, Innovation in der EU zu fördern und den Schutz geistigen Eigentums zu verbessern, und so zugleich die nicht zuletzt infolge der fortschreitenden Digitalisierung zunehmende Wirtschaftsspionage zu bekämpfen. Auch wenn die Implementierung der Geschäftsgeheimnis-Richtlinie mit dem am 26. April 2019 in Kraft getretenen Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen zu einer Harmonisierung der Gesetzeslage innerhalb der Mitgliedstaaten geführt hat, offenbart die Anwendung der gesetzlichen Regelungen weiterhin Unsicherheiten, was eine präzise juristische Auseinandersetzung mit den in der Rechtsanwendung auftretenden Fragestellungen erforderlich macht.

Dieser Aufgabe nimmt sich die vorliegende Kommentierung an. Sie ist das Ergebnis einer intensiven Zusammenarbeit von Experten aus Wissenschaft und anwaltlicher Praxis, um eine fundierte und zugleich praxisorientierte Darstellung und Analyse zu gewährleisten. Unser Ziel ist es, dem Leser ein Werk an die Hand zu geben, das sowohl als Nachschlagewerk dient, als auch als Diskussionsgrundlage für die weitere Entwicklung des Geschäftsgeheimnisrechts.

Der Handkommentar richtet sich an Juristen aus der Praxis, an Richter, Wissenschaftler und Studierende, die sich mit dem Schutz von Geschäftsgeheimnissen auseinandersetzen. Er soll als verlässlicher Wegweiser dienen, der über die Vermittlung der rechtlichen Grundlagen hinaus auch strategische Überlegungen und praxisnahe Handlungsempfehlungen bietet. Berücksichtigung finden die aktuelle Rechtsprechung und Literatur bis einschließlich September 2024 einschließlich der Auswirkungen des jüngst in Kraft getretenen Hinweisgeberschutzgesetzes auf das Recht der Geschäftsgeheimnisse.

Wir danken allen Autorinnen und Autoren für die Beiträge und ihren damit verbundenen besonderen persönlichen Einsatz. Ebenso danken wir unseren mitwirkenden Assistenz- und studentisch-/wissenschaftlichen Hilfskräften Meltem Ates, Louis Brandt, Athanasios Kanontzidis, Sarah Kardesler, Janine Marschner und Muamba Mombele für ihre hilfreiche Unterstützung.

Wir hoffen, dass diese Kommentierung dazu beiträgt, die komplexen Fragen des Geschäftsgeheimnisschutzes weiter zu klären und die rechtliche Praxis in diesem dynamischen Rechtsgebiet zu unterstützen.

Düsseldorf, Februar 2025

Dr. Ulla Kelp, LL.M.

Dr. Philipp Mels

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. *Michael Bohne*, Of Counsel, Düsseldorf (§ 13)

Elisaveta Breckheimer, Rechtsanwältin, Fachanwältin für Gewerblichen Rechtsschutz, Düsseldorf (§§ 21, 22)

Almuth Buschmann, Richterin, Landgericht Halle (Saale) (§ 7)

Gereon Conrad, LL.M., Rechtsanwalt, Düsseldorf (§ 23)

Dr. *Michael Grobe-Einsler*, Rechtsanwalt, Düsseldorf (§§ 9, 11, 14)

Dr. *Lukas Kalkbrenner*, LL.M., Rechtsanwalt, Freiburg i.Br. (§ 8)

Dr. *Ulla Kelp*, LL.M., Rechtsanwältin, Fachanwältin für Gewerblichen Rechtsschutz, Fachanwältin für Arbeitsrecht, Fachanwältin für Informativrechtstechnologierecht, Düsseldorf (§§ 4, 12, 15)

Dr. *Philipp Mels*, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Gewerblichen Rechtsschutz, Düsseldorf (§§ 2, 3, 5)

Felix Meurer, Rechtsanwalt, Berlin (§§ 9, 11, 14)

Maren Müller-Mergenthaler, LL.M., Rechtsanwältin, Fachanwältin für Gewerblichen Rechtsschutz, Düsseldorf (§§ 19, 20)

Prof. Dr. *Patrick Ostendorf*, LL.M. (King's College London), Of Counsel, Berlin (§§ 1, 10)

Prof. Dr. *Kristoff Ritlewski*, LL.M. (Chicago-Kent), Of Counsel, Berlin (§ 6)

Philippe J. Träm, LL.M., Rechtsanwalt, Düsseldorf (Vor §§ 16 ff., §§ 16, 17, 18)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Bearbeiterverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	11
Literaturverzeichnis	17

Abschnitt 1: Allgemeines

§ 1 Anwendungsbereich	19
§ 2 Begriffsbestimmungen	30
§ 3 Erlaubte Handlungen	141
§ 4 Handlungsverbote	190
§ 5 Ausnahmen	226

Abschnitt 2: Ansprüche bei Rechtsverletzungen

§ 6 Beseitigung und Unterlassung	300
§ 7 Vernichtung; Herausgabe; Rückruf; Entfernung und Rücknahme vom Markt	309
§ 8 Auskunft über rechtsverletzende Produkte; Schadenersatz bei Verletzung der Auskunftspflicht	335
§ 9 Anspruchsausschluss bei Unverhältnismäßigkeit	352
§ 10 Haftung des Rechtsverletzers	365
§ 11 Abfindung in Geld	397
§ 12 Haftung des Inhabers eines Unternehmens	404
§ 13 Herausgabeanspruch nach Eintritt der Verjährung	422
§ 14 Missbrauchsverbot	443

Abschnitt 3: Verfahren in Geschäftsgeheimnisstreitsachen

§ 15 Sachliche und örtliche Zuständigkeit; Verordnungsermächtigung	458
Vorbemerkungen zu §§ 16 ff.	478
§ 16 Geheimhaltung	493
§ 17 Ordnungsmittel	519
§ 18 Geheimhaltung nach Abschluss des Verfahrens	529
§ 19 Weitere gerichtliche Beschränkungen	535
§ 20 Verfahren bei Maßnahmen nach den §§ 16–19	553
§ 21 Bekanntmachung des Urteils	573
§ 22 Streitwertbegünstigung	601

Abschnitt 4: Strafvorschriften

§ 23 Verletzung von Geheimnissen	621
Stichwortverzeichnis	635

Abschnitt 1 Allgemeines

§ 1 Anwendungsbereich

- (1) Dieses Gesetz dient dem Schutz von Geschäftsgeheimnissen vor unerlaubter Erlangung, Nutzung und Offenlegung.
- (2) Öffentlich-rechtliche Vorschriften zur Geheimhaltung, Erlangung, Nutzung oder Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen gehen vor.
- (3) Es bleiben unberührt:
 1. der berufs- und strafrechtliche Schutz von Geschäftsgeheimnissen, deren unbefugte Offenbarung von § 203 des Strafgesetzbuches erfasst wird,
 2. die Ausübung des Rechts der freien Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit nach der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 389), einschließlich der Achtung der Freiheit und der Pluralität der Medien,
 3. die Autonomie der Sozialpartner und ihr Recht, Kollektivverträge nach den bestehenden europäischen und nationalen Vorschriften abzuschließen,
 4. die Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis und die Rechte der Arbeitnehmervertretungen.

Literatur: *Alexander*, Grundstrukturen des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen durch das neue GeschGehG, WRP 2019, 673 ff.; *ders.*, Zwingendes oder dispositives Recht: Welchen privatautonomen Gestaltungsspielraum belässt das GeschGehG?, WRP 2020, 1385 ff.; *Hauck*, Schutz von Geschäftsgeheimnissen und Handlungsfreiräume für Medien, AfP 2021, 193 ff.; *Hille*, Sind bisherige Vertraulichkeitsvereinbarungen unwirksam?, WRP 2020, 824 ff.; *Jansen/Hofmann*, Auswirkungen des Gesetzes zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen auf Vertraulichkeitsvereinbarungen, BB 2020, 259 ff.; *Kalbfus*, Die EU-Geschäftsgeheimnis-Richtlinie: Welcher Umsetzungsbedarf besteht in Deutschland?, GRUR 2016, 1009 ff.; *ders.*, Zur Rechtsnatur von Geschäftsgeheimnissen: Bringt das Geschäftsgeheimnisgesetz mehr Klarheit?, in: Festschrift für Henning Harte-Bavendamm, 2020, S. 341 ff.; *Koos*, Die europäische Geschäftsgeheimnis-Richtlinie – ein gelungener Wurf?, MMR 2016, 224 ff. *McGuire*, Geschäftsgeheimnisrecht: In zehn Schritten zur internationalen Zuständigkeit und anwendbarem Recht, WRP 2023, 1 ff.; *dies.*, Begriff und Rechtsnatur des Geschäftsgeheimnisses – Über ungeschriebene Unterschiede zwischen altem und neuem Recht, in: FS Harte Bavendamm, 2020, S. 367 ff.; *Ohly*, Das auf die Verletzung von Geschäftsgeheimnissen anwendbare Recht, in: FS Harte Bavendamm, 2020, S. 385 ff.; *Reinfeld*, Das neue Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen, 2019; *Rieländer*, Der Schutz von Geschäftsgeheimnissen im europäischen Kollisionsrecht, ZVglRWiss 2020, 417 ff.; *Römling*, Der Geschäftsgeheimnisbegriff zwischen öffentlichem und privatem Recht, NVwZ 2022, 463 ff.; *Vollmöller*, Die kollisionsrechtliche Behandlung von Geheimnisverletzungen in Vertragsverletzungen, IPPrax 2021, 417 ff.; *Wiebe*, Der Geschäftsgeheimnisschutz im Informationsfreiheitsrecht, NVwZ 2019, 1705 ff.

A. Allgemeines	1	III. Vorbehalt mit Blick auf sonstige Vorschriften	9
B. Sachlicher Anwendungsbereich	4	C. Zeitlicher Anwendungsbereich	12
I. Schutz und Rechtsnatur von Geschäftsgeheimnissen	4	D. Internationaler Anwendungsbereich	13
II. Vorrang öffentlich-rechtlicher Vorschriften	7	I. Ausgangspunkt	13
		II. Anwendbare Kollisionsnorm	16

III. Anwendbares Recht im Fall einer bestehenden Geheimhaltungsvereinbarung	19	II. Abdingbarkeit der Bestimmungen des GeschGehG	26
IV. Anwendbares Recht im Fall einer fehlenden vertraglichen Sonderverbindung	22	III. Auswirkungen des GeschGehG auf die Gestaltung von Geheimhaltungsvereinbarungen: Praktische Empfehlungen	30
E. Verhältnis zu vertraglichen Regelungen	23		
I. Bedeutung von vertraglichen Vereinbarungen im Rahmen des GeschGehG	23		

A. Allgemeines

- § 1 definiert den **Gesetzeszweck** (§ 1 Abs.1) und das Verhältnis des GeschGehG zu **öffentlich-rechtlichen Vorschriften** (§ 1 Abs.2), die Regelungen über Geschäftsgeheimnisse enthalten. Weitgehend deklaratorisch wird in § 1 Abs.3 GeschGehG zudem klargestellt, dass der berufs- und strafrechtliche Schutz von Geschäftsgeheimnissen von den Vorschriften des GeschGehG ebenso unberührt bleiben soll wie u. a. die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit sowie das im Individual- und Kollektivarbeitsrecht bestehende Normgefüge.¹
- § 1 beruht auf der Umsetzung von Art. 1 der **Richtlinie (EU) 2016/943** zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung (GeschGehRL)². Hinter der Richtlinie bleiben dabei allerdings die in Art. 1 Abs. 3 GeschGehRL vorgesehenen Vorgaben zugunsten von Arbeitnehmern zurück, deren Mobilität nach Maßgabe der Richtlinienvorgaben insbesondere nicht durch eine Beschränkung der Nutzung von Informationen, die kein Geschäftsgeheimnis darstellen oder vom Arbeitnehmer im normalen Verlauf ihrer Tätigkeit ehrlich erworben werden, beeinträchtigt werden soll: § 1 Abs.3 Nr.4 GeschGehG belässt es hier bei dem schlichten Hinweis, dass Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis und Rechte der Arbeitnehmervertretungen unberührt bleiben.³
- Wie bei den anderen Vorschriften des GeschGehG ist auch bei der Anwendung von § 1 GeschGehG der Grundsatz der unionsrechts- bzw. **richtlinienkonformen Auslegung** zu beachten, soweit hier Auslegungsspielräume verbleiben.

B. Sachlicher Anwendungsbereich

I. Schutz und Rechtsnatur von Geschäftsgeheimnissen

- Schutzzweck des GeschGehG ist nicht nur die Verhinderung einer unerlaubten **Nutzung** und **Offenlegung**, sondern bereits einer **unbefugten Erlangung** von **Geschäftsgeheimnissen**. Für den Begriff des Geschäftsgeheimnisses findet sich eine Legaldefinition in § 2 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG. Mit dieser Schutztrias korrespondieren die in § 4 GeschGehG statuierten beschränkten Handlungsverbote der unerlaubten Erlangung, Nutzung und Offenlegung

¹ BeckOK GeschGehG/Fuhlrott/Hieramente § 1 Rn. 27.

² Zu den Regelungen der GeschGehRL etwa Koós MMR 2016, 224 ff.

³ Zur notwendigen und möglichen richtlinienkonformen Auslegung von § 1 Abs. 3 Nr. 4 GeschGehG Ohly/Sosnitza/Ohly § 1 Rn. 2.

von Geschäftsgeheimnissen. Als neues Stammgesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen löst das GeschGehG damit die zuvor in §§ 17–19 UWG aF geregelten (vorrangig strafrechtlichen) Schutzvorschriften⁴ ab.

Die genaue **Rechtsnatur** des Geschäftsgeheimnisses ist umstritten. Relevanz 5
dieser Problematik neben der Frage der vertraglichen Übertragbarkeit und
Lizenzierbarkeit vor allem mit Blick auf die kollisionsrechtliche Anknüpfung
des GeschGehG im Fall internationaler Sachverhalte (→ Rn. 13 ff.). Ange-
sichts der umfassenden Regelung der Rechtsfolgen durch das GeschGehG
im Fall von Rechtsverletzungen kommt der möglichen Einordnung von Ge-
schäftsgeheimnissen als absolutes sonstiges Recht im Sinne von § 823 Abs. 1
BGB dagegen keine zentrale Bedeutung mehr zu.⁵

Noch weitgehende Einigkeit dürfte darüber bestehen, dass es sich bei Ge- 6
schäftsgeheimnissen im Ergebnis um **immaterielle Wirtschaftsgüter** han-
delt, die **Gegenstand von Rechtsgeschäften** sein können.⁶ Nach einer wei-
tergehenden Auffassung stellt das Geschäftsgeheimnis jedenfalls vermittelt
durch die Neugestaltung des Geheimnisschutzes durch GeschGehRL und
GeschGehG darüber hinausgehend ein **absolutes (Immaterialgüter-)Recht**
dar.⁷ Dem GeschGehG selbst lassen sich ebenso wie der GeschGehRL hier-
zu allerdings keine eindeutigen Antworten entnehmen, da die gesetzlichen
Rahmenbedingungen einerseits zugunsten des Inhabers einen (wenn auch
beschränkten) Ausschluss- und Zuweisungsgehalt des Geschäftsgeheimnisses
statuieren,⁸ zum anderen aber mangels Gewährung ausschließlicher Rechte
(nach Maßgabe von § 3 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG bleibt insbesondere eine
eigenständige Entdeckung oder Schöpfung derselben Informationen durch
Dritte möglich) hinter dem Schutzzumfang klassischer Immaterialgüterrechte
zurückbleiben. Vieles spricht daher dafür, das Geschäftsgeheimnis im Ergeb-
nis als ein **hybrides Rechtsinstitut** anzusehen, das zwischen dem Immateri-
algüter- und dem Lauterkeitsrecht anzusiedeln ist.⁹

II. Vorrang öffentlich-rechtlicher Vorschriften

Öffentlich-rechtliche Vorschriften zur Geheimhaltung genießen nach Maßga- 7
be von § 1 Abs. 2 GeschGehG Anwendungsvorrang vor den Regelungen des
GeschGehG. Hintergrund dafür ist die in Art. 1 Abs. 2 lit. c GeschGehRL vor-
gesehene Regelung, dass „die Anwendung von Vorschriften der Union oder
der Mitgliedsstaaten, nach denen es den Organen und Einrichtungen der
Union oder den nationalen Behörden vorgeschrieben oder gestattet ist, von
Unternehmen vorgelegte Informationen offenzulegen, die diese Organe, Ein-

4 Zivilrechtlicher Schutz wurde hier u.a. allerdings vermittelt über § 823 Abs. 2 BGB ge-
währt, da die §§ 17 ff. UWG nach allgemeiner Auffassung Schutzgesetze im Sinne dieser
Vorschrift darstellten, BGH Urt. v. 24.1.2006 – XI ZR 384/03, NJW 2006, 830.

5 Zum Ganzen Kalbfus FS Harte-Bavendamm, 2020, 341 ff.

6 Köhler/Bornkamm/Feddersen/Alexander GeschGehG § 1 Rn. 13.

7 Dafür Büscher/Ahrens/McGuire GeschGehG § 1 Rn. 11; Ahrens/McGuire FS Harte-Ba-
vendamm, 2020, 367 (377); zweifelnd dagegen Kalbfus FS Harte-Bavendamm, 2020, 341
(344); für die Einstufung als „Hybrid“ zwischen Immaterialgüter- und Lauterkeitsrecht
Ohly FS Harte-Bavendamm, 2020, 385 (394 f.).

8 Kalbfus FS Harte-Bavendamm, 2020, 341 (351 f.), u.a. unter Verweis auf das in der Ge-
schGehRL genannte Motiv der Innovationsförderung; Köhler/Bornkamm/Feddersen/
Alexander GeschGehG § 1 Rn. 13.

9 Ohly FS Harte-Bavendamm, 2020, 385 (394 f.).

richtungen oder Behörden in Einhaltung der Pflichten und gemäß den Rechten, die im Unionsrecht oder im nationalen Recht niedergelegt sind, besitzen“; unberührt bleiben sollen.

- 8 Der Vorrang öffentlich-rechtlicher Vorschriften folgt letztlich auch daraus, dass der Schutz von Geschäftsgeheimnissen nach Maßgabe des GeschGehG mit Ausnahme des in § 23 GeschGehG normierten (allerdings an die zivilrechtliche Haftung anknüpfenden) Straftatbestandes **zivilrechtlich konzipiert** ist¹⁰ und vertrauliche Informationen öffentlich-rechtlicher Stellen regelmäßig schon keine Geschäftsgeheimnisse im Sinne von § 2 Nr. 1 GeschGehG (die ausschließlich privatrechtliche Rechtspositionen sind) darstellen.¹¹ Im Ergebnis dient § 1 Abs. 2 GeschGehG damit insbesondere der Klarstellung, dass **öffentlich-rechtliche Offenlegungs- und Auskunftspflichten** Privater gegenüber Behörden vom GeschGehG ebenso unberührt bleiben wie **Informationsansprüche** (und ihre Grenzen) gegenüber staatlichen Stellen¹² wie insbesondere auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) des Bundes und entsprechender landesrechtlicher Regelungen. Nicht ausgeschlossen wird damit freilich, dass sich die Rechtsprechung bei der Auslegung des Begriffs des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses etwa in § 6 S. 2 IFG an der Definition im GeschGehG orientiert.¹³ Im Übrigen bleibt das GeschGehG einschlägig, wenn öffentlich-rechtliche Stellen unmittelbar am Privatrechtsverkehr teilnehmen.¹⁴

III. Vorbehalt mit Blick auf sonstige Vorschriften

- 9 Durch das GeschGehG bleibt gem. § 1 Abs. 3 Nr. 1 zunächst „der berufs- und strafrechtliche Schutz von Geschäftsgeheimnissen nach Maßgabe von § 203 StGB unberührt“. Hintergrund dieser Regelung dürfte wohl die Befürchtung des Gesetzgebers gewesen sein, dass der in § 23 GeschGehG vorgesehene **strafrechtliche Schutz** ansonsten als abschließend bewertet werden könnte. Letzteres ist in der Literatur mit Blick darauf, dass das GeschGehG gegenüber Strafnormen ohnehin keinerlei Sperrwirkung entfaltet, zu Recht kritisiert worden.¹⁵

10 Köhler/Bornkamm/Feddersen/Alexander GeschGehG Vor § 1 Rn. 2.

11 Köhler/Bornkamm/Feddersen/Alexander GeschGehG § 1 Rn. 11.

12 Köhler/Bornkamm/Feddersen/Alexander GeschGehG § 1 Rn. 29.

13 Dafür mit Blick auf die Informationsfreiheitsgesetze von Bund und Ländern auch zur Vermeidung einer Rechtszersplitterung etwa Wiebe NVwZ 2019, 1705 (1706); jedenfalls in Form eines Mindeststandards BVerwG Urt. v. 17.6.2020 – 10 C 22/19, PharmR 2020, 699 Rn. 16: „Leitlinie hierfür muss sein, dass der Umfang dessen, was als Betriebs- und Geschäftsgeheimnis nach § 6 Satz 2 IFG geschützt ist, jedenfalls nicht weniger weit reichen darf als dasjenige, was als Geschäftsgeheimnis dem Geschäftsgeheimnisgesetz oder der Know-how-Schutz-Richtlinie unterfällt; denn der Schutz durch das Geschäftsgeheimnisgesetz oder die Know-how-Schutz-Richtlinie darf nicht durch eine Informationspflicht der Behörde unterlaufen werden. Einen weiterreichenden Schutz schließt diese Leitlinie hingegen nicht aus; ob ein solcher sich aus anderweitigen Gründen ergibt, bedarf keiner Entscheidung“; für eine eigenständige Entwicklung des Begriffs im öffentlichen Recht plädiert dagegen Römling NVwZ 2022, 463 (466).

14 BeckOK GeschGehG/Fuhlrott/Hieramente § 1 Rn. 6.

15 Büscher/Ahrens/McGuire GeschGehG § 1 Rn. 18.

Bestenfalls klarstellenden Charakter ohne eigenständigen Regelungsgehalt¹⁶ hat auch der in § 1 Abs. 3 Nr. 2 GeschGehG vorgesehene Vorbehalt zugunsten der Ausübung des **Rechts der freien Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit** nach Maßgabe der Grundrechtecharta, da sich konkretere Vorgaben für die hier jeweils erforderliche Interessenabwägung im Einzelfall daraus überhaupt nicht ableiten lassen.¹⁷ Aus dem in § 1 Abs. 3 Nr. 3 GeschGehG geregelten Vorbehalt zugunsten des Rechts der Sozialpartner, **Kollektivverträge** im Rahmen der bestehenden arbeitsrechtlichen Regelungen abzuschließen, wird allerdings die Befugnis der Tarifvertragsparteien gefolgert, die Bestimmungen des GeschGehG in einem Tarifvertrag zu konkretisieren oder sogar von ihnen abzuweichen.¹⁸

Für die Ebene des **Individualarbeitsrechts** stellt zuletzt der nicht auf Richtlinienvorgaben beruhende § 1 Abs. 3 Nr. 4 GeschGehG klar, dass die Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis und die Rechte der Arbeitnehmervertretungen unberührt bleiben. Auch daraus folgt im Ergebnis wenig mehr als die Erkenntnis einer grundsätzlichen „Arbeitsrechtsneutralität“¹⁹ des GeschGehG; an der vollumfänglichen (Weiter-)Geltung des GeschGehG (auch) für Individualarbeitsverträge ändert sich durch diesen Vorbehalt nach allgemeiner Meinung jedenfalls nichts.²⁰

C. Zeitlicher Anwendungsbereich

Nach Maßgabe von Art. 6 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/943 zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung²¹ ist das GeschGehG am Tag nach seiner Verkündung, mithin am **26.4.2019** in Kraft getreten. Da keine abweichenden Übergangsregelungen vorgesehen sind²², ist das GeschGehG im Ausgangspunkt auf alle maßgeblichen Verhaltensweisen anwendbar, die am oder nach diesem Datum vorgenommen wurden oder werden;²³ gleiches gilt für bereits vor dem Inkrafttreten des Gesetzes begonnene, zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht beendete Verletzungshandlungen.²⁴ In Ergänzung dazu kommt das GeschGehG bei dem auf eine Wiederholungsgefahr gestützten **Unterlassungsbegehren** auch dann zur Anwendung, wenn das beanstandete Verhalten vor, der Zeitpunkt der gerichtlichen Entscheidung aber erst nach Inkrafttreten des Gesetzes liegt; begründet ist der Unterlassungsanspruch in diesem Fall freilich nur dann, wenn das beanstandete Verhalten bereits nach alter Rechtslage unzulässig war.²⁵ Bei **Schadensersatz- und Auskunfts-**

16 Hauck AfP 2021, 193 (197): „geringe normative Substanz“.

17 Büscher/Ahrens/McGuire GeschGehG § 1 Rn. 22: „primär Hinweisfunktion“.

18 MüKoUWG/Hauck GeschGehG § 1 Rn. 13 mwN.

19 Reinfeld Neues GeschGehG § 1 Rn. 81.

20 MüKoUWG/Hauck GeschGehG § 1 Rn. 13 mwN.

21 BGBl. I 466.

22 Köhler/Bornkamm/Fedderson/Alexander GeschGehG Vor § 1 Rn. 98.

23 LAG Düsseldorf Urt. v. 3.6.2020 – 12 SaGa 4/20, GRUR-RS 2020, 23408 Rn. 71 – „PU Schaum“; OLG Schleswig Urt. v. 28.4.2022 – 6 U 39/21, GRUR-RR 2022, 404 Rn. 37.

24 BayObLG Beschl. v. 22.2.2023 – 102 AR 73/22, WRP 2023, 496 (500) mwN.

25 OLG Düsseldorf Urt. v. 11.3.2021 – 15 U 6/20, GRUR-RS 2021, 17483 Rn. 19: „Da die Klägerin ihr Unterlassungsbegehren auf Wiederholungsgefahr stützt, ist die Klage nur begründet, wenn das beanstandete Verhalten der Beklagten zur Zeit seiner Vornahme rechtswidrig war und im Zeitpunkt der gerichtlichen Entscheidung rechtswidrig

ansprüchen ist das zum Zeitpunkt des Schadenseintritts geltende Recht maßgeblich.²⁶

D. Internationaler Anwendungsbereich

I. Ausgangspunkt

- 13 Weisen die mögliche Verletzung von Geschäftsgeheimnissen und daraus entstehende außervertragliche Schuldverhältnisse eine **internationale Dimension** auf, stellt sich die Frage, ob die dann notwendige **kollisionsrechtliche Prüfung** überhaupt zu deutschem Recht und damit der Anwendbarkeit des GeschGehG führt. Angesichts der obligatorischen Umsetzung der GeschGehRL in allen EU-Mitgliedsstaaten²⁷ dürfte zwar zumindest die mögliche Verweisung auf das Recht eines anderen EU-Mitgliedsstaates zu ähnlichen materiellrechtlichen Ergebnissen führen. Angesichts des verbleibenden Umsetzungsspielraums und der Tatsache, dass die GeschGehRL jedenfalls partiell lediglich eine Mindest- und keine Vollharmonisierung vorsieht,²⁸ bleibt die Frage des jeweils anwendbaren nationalen Rechts aber auch in dieser Konstellation relevant.
- 14 Allerdings ist nicht ausgeschlossen, dass auch das für staatliche Gerichte in der EU geltende Kollisionsrecht selbst bei rein innereuropäischen Sachverhalten (in dieser Konstellation allerdings vorbehaltlich (auch einfach) zwingender Bestimmungen der GeschGehRL bzw. des entsprechenden nationalen Umsetzungsaktes des Forums, vgl. Art. 3 Abs. 4 Rom I-VO bei vertraglicher sowie Art. 14 Abs. 3 Rom II-VO bei außervertraglicher Qualifikation) zur Anwendbarkeit des Rechts eines Drittstaates²⁹ und damit zur **Nichtanwendbarkeit des GeschGehG** bzw. einer vergleichbaren Umsetzung in einem anderen Mitgliedsstaat der EU führt.³⁰
- 15 Denkbar ist dieses Ergebnis insbesondere im Fall einer zwischen den betroffenen Parteien bestehenden **Geheimhaltungsvereinbarung**: Hier könnte sich eine in der Vereinbarung enthaltende **Rechtswahl** zugunsten des Rechts eines Drittstaates (beispielsweise des in der Praxis internationaler Wirtschafts-

ist (...). Die Streitgegenständliche Nutzung der Anlage K 15 ist deshalb sowohl an § 1004 Abs. 1, 823 Abs. 2 BGB analog iVm § 17 Abs. 2 UWG aF als auch an § 6 S. 1 iVm § 4 Abs. 3 GeschGehG zu messen.“

- 26 OLG Düsseldorf Urt. v. 11.3.2021 – 15 U 6/20, GRUR-RS 2021, 17483 Rn. 79: „Das Landgericht hat die Beklagte wegen der unrechtmäßigen Nutzung des Geschäftsgeheimnisses schließlich zu Recht zur Auskunft verurteilt und die Schadenersatzpflicht festgestellt. Die Beklagte erinnert insoweit auch nichts Eigenständiges. Hinsichtlich der jeweiligen Anspruchsgrundlage kommt es allerdings – anders als beim Unterlassungsanspruch – auf die Rechtslage zum Zeitpunkt der beanstandeten Handlung an.“
- 27 Auch das Vereinigte Königreich hält bislang an seinem Umsetzungsakt der Geheimnisschutz-RL fest, s. die The Trade Secrets (Enforcement etc) Regulations 2018, Statutory Instruments 2018 No. 597; daran hat auch das Inkrafttreten des Retained EU Law (Revocation and Reform) Act 2023 nichts geändert.
- 28 Art. 1 Abs. 1 UAbs. 2 GeschGehRL; Wiebe NVwZ 2019, 1705 (1707); zu den Kernregelungen der Richtlinie, die auf eine Vollharmonisierung abzielen allerdings Köhler/Bornkamm/Feddersen/Alexander GeschGehG Vor § 1 Rn. 21.
- 29 Im Fall eines nicht lediglich rein innereuropäischen internationalen Sachverhaltes käme die Anwendung einzelner Normen des GeschGehG ggf. in Betracht, sofern sie (wie möglicherweise § 5 GeschGehG) als Eingriffsnorm einzustufen sind, vgl. Art. 16 Rom II-VO bzw. Art. 9 Rom I-VO.
- 30 Vollmöller IPPrax 2021, 417 (418).

verträge besonders beliebten Schweizer Rechts³¹) auch auf außervertragliche Schuldverhältnisse erstrecken (Art. 14 Abs. 1 lit. b) Rom II-VO) oder eine vertragsakzessorische Anknüpfung über Art. 4 Abs. 3 Rom II-VO bzw. einheitliche Qualifikation (auch) konkurrierender außervertraglicher Ansprüche unter das Vertragsstatut nach Maßgabe der Brogsitter-Entscheidung des EuGH³² in Betracht kommen.³³

II. Anwendbare Kollisionsnorm

Im Fall der internationalen Zuständigkeit eines **staatlichen Gerichts** mit Sitz in einem EU-Mitgliedsstaat³⁴ fallen Geheimnisverletzungen (soweit der deswegen gemachte Anspruch nicht (nur) auf die Verletzung einer vertraglichen Pflicht gestützt wird) grundsätzlich in den Anwendungsbereich der **Rom II-VO**. Innerhalb der Rom II-VO kommen für Geschäftsgeheimnisverletzungen drei (bzw. vier) mögliche und auch in der Literatur vertretene Anknüpfungen in Betracht: Wird die Geheimnisverletzung kollisionsrechtlich als **unlauteres Wettbewerbsverhalten** qualifiziert, könnte zumindest im Fall einer kommerziellen Ausnutzung eines fremden Geschäftsgeheimnisses gem. Art. 6 Abs. 1 Rom II-VO an das **Recht des Markortes** angeknüpft werden. Bei einer mangels Beeinträchtigung kollektiver Interessen möglichen Qualifikation als lediglich bilaterales unlauteres Wettbewerbsverhalten kommt nach Maßgabe von Art. 6 Abs. 2 Rom II-VO in Verbindung mit Art. 4 Abs. 1 Rom II-VO wiederum die Anwendung des **Rechts des Erfolgsorts** (sprich des Ortes der ersten Rechtsgut- bzw. Interessenverletzung und damit regelmäßig das am Sitz des Inhabers des Geschäftsgeheimnisses geltende Recht³⁵) in Betracht,³⁶ sofern keine abweichenden Anknüpfung auf Grundlage von Art. 4 Abs. 2 Rom II-VO (Recht des Staates, in dem beide Parteien ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben) oder auf Basis der Ausweichklausel gem. Art. 4 Abs. 3 Rom II-VO (offensichtlich engere Verbindung zum Recht eines anderen Staates) veranlasst ist.

Alternativ wird zunehmend vertreten, dass die Verletzung eines Geschäftsgeheimnisses jedenfalls auf der Ebene des Kollisionsrechts der Verletzung eines **geistigen Eigentumsrechts** gleichzustellen und daher auf Grundlage von

31 Dieses Beispiel verwendet aus diesem Grund etwa auch Vollmöller IPrax 2021, 417 (418).

32 EuGH Urt. v. 13.3.2014 – C-548/12, NJW 2014, 1648 (1649).

33 Für eine Übertragung der zur internationalen Zuständigkeit auf Grundlage der EuGVVO ergangenen Brogsitter-Entscheidung auf das IPR etwa BeckOGK BGB/Rühl Rom II-VO Art. 4 Rn. 4f.; dagegen zu Recht MüKoBGB/Junker Rom II-VO Art. 1 Rn. 15.

34 Zu Fragen der internationalen Zuständigkeit in diesem Zusammenhang McGuire WRP 2023, 1 (3 ff.).

35 Ohly FS Harte-Bavendamm, 2020, 385 (390).

36 Für eine Differenzierung aufgrund der verschiedenen Tathandlungen (Art. 6 Abs. 2 Rom II-VO bei Ausspähen, Offenbaren und Nutzung von Geschäftsgeheimnissen; Art. 6 Abs. 1 Rom I-VO mit Blick auf eine Vermarktung) etwa MüKoBGB/Drexel Rom II-VO Art. 6 Rn. 184 ff.

Art. 8 Abs. 1 Rom-II an das **Recht des Schutzlandes** (und damit im Ergebnis an den Handlungsort der Verletzung³⁷) anzuknüpfen ist.³⁸

- 18 Zuletzt kommt die direkte (und nicht (nur) mittelbar über Art. 6 Abs. 2 Rom II-VO vermittelte) Anwendung der allgemeinen Kollisionsnorm des Art. 4 Abs. 1 Rom II-VO (widerum vorbehaltlich des Art. 4 Abs. 2 und Abs. 3 Rom II-VO) in Betracht.³⁹ Für die **unmittelbare Anwendung von Art. 4 Abs. 1 Rom II-VO** sprechen nach hier vertretener Auffassung neben den pragmatischen Vorteilen einer einheitlichen Anknüpfung letztlich, dass die im GeschGehG angesprochenen Handlungsverbote nicht notwendigerweise ein unlauteres Wettbewerbsverhalten und Geschäftsgeheimnisse im Ergebnis trotz unstreitiger Annäherung an das Immaterialgüterrecht auch keine geistigen Eigentumsrechte darstellen. Auswirkungen hat diese Auffassung auch mit Blick auf eine dann grds. mögliche **Rechtswahl des Deliktsstatuts** nach Maßgabe von Art. 14 Abs. 1 lit. b Rom II-VO (→ Rn. 15), da Art. 6 Abs. 4 bzw. Art. 8 Abs. 3 Rom II-VO in diesem Fall keine Sperrwirkung mehr entfalten können.

III. Anwendbares Recht im Fall einer bestehenden Geheimhaltungsvereinbarung

- 19 Haben die Parteien eine Geheimhaltungsvereinbarung abgeschlossen, bestimmt sich das auf diesen Vertrag anwendbare Recht (das Vertragsstatut) vorbehaltlich eines hinreichenden internationalen Elements des Sachverhaltes vorrangig nach einer von den Parteien ausdrücklich oder auch konkludent getroffenen **Rechtswahl** (Art. 3 Abs. 1 Rom I-VO). Fehlt diese, kommt gem. Art. 4 Abs. 2 Rom I-VO das Recht des Staates zur Anwendung, in dem die Partei, die die **vertragstypische Leistung** erbringt, ihren Sitz hat. Im Fall von (einseitigen) Geheimhaltungsvereinbarungen dürfte dies wohl das **Recht am Sitz des Empfängers** der vertraulichen Informationen sein, da meist nur dieser durch ein NDA verpflichtet wird. Falls dagegen (wie insbesondere bei wechselseitigen Geheimhaltungsvereinbarungen) auch Art. 4 Abs. 2 Rom I-VO nicht zum Ziel führt, bleibt nach Maßgabe von Art. 4 Abs. 4 Rom I-VO nur die Suche nach dem Recht desjenigen Staates, der mit dem Sachverhalt am engsten verbunden ist.
- 20 Das gewählte bzw. objektiv angeknüpfte Vertragsstatut kann dabei auch für konkurrierende außervertragliche Ansprüche (und damit auch die Anwendbarkeit des GeschGehG) maßgeblich sein. Zunächst ist denkbar, dass sich eine im Vertrag enthaltene Rechtswahlklausel ausdrücklich auch auf konkurrierende außervertragliche Schuldverhältnisse erstreckt. Zwar lässt Art. 14 Abs. 1 lit. b Rom II-VO weder eine Abweichung von dem nach Art. 6 Rom II-VO, noch dem gem. Art. 8 Rom II-VO bestimmten Recht durch Rechtswahl zu, Art. 6 Abs. 4, Art. 8 Abs. 3 Rom II-VO. Ob sich diese Beschränkung auch auf Abweichungen von dem nach Art. 6 Abs. 2 Rom II-VO in Verbindung mit Art. 4 Abs. 1 Rom II-VO ermittelten Recht erstreckt, ist umstritten: Da-

37 McGuire WRP 2023, 1 (7).

38 Rieländer ZVglRWiss 119 (2020), 339; Kiefer WRP 2018, 910 (911 ff.); McGuire GRUR 2016, 1000 (1003 ff.); dies. WRP 2023, 1 (6).

39 Köhler/Bornkamm/Feddersen/Köhler GeschGehG Einl. Rn. 5.33a; Harte-Bavendamm/Ohly/Kalbfus/Ohly GeschGehG Einl. Rn. 264 ff.

für spricht der Wortlaut, da Art. 6 Abs. 4 Rom II-VO auf alle vorangehenden Absätze verweist; dagegen streitet die Tatsache, dass ein Ausschluss der Rechtswahl bei bilateralen Verhaltensweisen im Einklang mit systematischen Erwägungen wenig gerechtfertigt erscheint.⁴⁰ Vorbehaltlich der weiteren Anforderungen an eine wirksame Wahl des Deliktsstatuts ist eine Rechtswahl allerdings möglich, wenn die Verletzung des Geheimnisschutzes – wie hier vertreten – weder lauterkeitsrechtlich, noch als Verletzung eines geistigen Eigentumsrechts qualifiziert wird und bei objektiver Anknüpfung daher allein Art. 4 Rom II-VO zur Anwendung kommt.

Fehlt es an einer ausdrücklichen Rechtswahl im Sinne von Art. 14 Abs. 2 Rom II-VO, bleibt die Möglichkeit einer **vertragsakzessorischen Anknüpfung** nach Art. 4 Abs. 3 Rom II-VO. Sie soll nach einer in der Literatur vertretenen Auffassung aber nur in Betracht kommen, wenn die Parteien über die Vertraulichkeitsvereinbarung hinaus weitere vertragliche Abreden, beispielsweise einen Forschungs- und Entwicklungsvertrag – abgeschlossen haben.⁴¹ Diese Einschränkung überzeugt indes nicht. 21

IV. Anwendbares Recht im Fall einer fehlenden vertraglichen Sonderverbindung

Haben die Parteien keine Geheimhaltungsvereinbarung geschlossen, bleibt in Abhängigkeit von der präferierten Qualifikation nur die **objektive Anknüpfung** über Art. 6 Abs. 1, Art. 6 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 4 Rom II-VO, Art. 8 Rom II-VO oder unmittelbar gem. Art. 4 Rom II-VO. Aus Sicht des Inhabers des Geschäftsgeheimnisses dürfte sich dabei die immaterialgüterrechtliche Qualifikation regelmäßig als weniger vorteilhaft erweisen, da in diesem Fall an das Recht des Staates angeknüpft werden muss, für den der Schutz des Geschäftsgeheimnisses beansprucht wird. Der daraus folgende relevante Handlungsort dürfte in internationalen Sachverhalten anders als der gem. Art. 6 Abs. 2 in Verbindung mit (bzw. in direkter Anwendung von) Art. 4 Abs. 1 Rom I-VO grundsätzlich maßgebliche Erfolgsort aus Sicht des Inhabers regelmäßig im Ausland belegen sein.⁴² 22

E. Verhältnis zu vertraglichen Regelungen

I. Bedeutung von vertraglichen Vereinbarungen im Rahmen des GeschGehG

Anknüpfungspunkte für vertragliche Regelungen, insbes. Geheimhaltungsvereinbarungen, finden sich im GeschGehG zahlreich, wenn auch in teils gegenläufigen Richtungen: Einerseits können entsprechende vertragliche Regelungen die Grundlage dafür bilden, dass der Schutzbereich des GeschGehG überhaupt erst eröffnet oder doch zumindest erweitert wird: Denn bereits im Rahmen der für die Bestimmung des sachlichen Anwendungsbereichs des GeschGehG maßgeblichen **Definition von Geschäftsgeheimnissen** stellen Vertraulichkeitsvereinbarungen einen entscheidenden Baustein⁴³ für die erforderlichen „angemessenen Geheimhaltungsmaßnahmen“ (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 23

40 BeckOGK BGB/Poelzig/Windorfer/Bauermeister Rom II-VO Art. 6 Nr. 293.

41 Vollmöller IPrax 2021, 417 (423).

42 Ohly FS Harte-Bavendamm, 2020, 392.

43 So Hille WRP 2021, 824 (825).

lit. b GeschGehG) dar, ohne die ein Geschäftsgeheimnis im Sinne des Gesetzes gar nicht existieren kann.

- 24 Wie sich im Umkehrschluss aus § 3 Abs.1 Nr.2 lit.b ergibt, erlaubt das GeschGehG etwa auch die **Erweiterung des gesetzlichen Schutzzumfangs** durch eine vertraglich vereinbarte Einschränkung der im Fall des rechtmäßigen Besitzes des maßgeblichen Produkts oder Gegenstands eigentlich erlaubten Erlangung von Geschäftsgeheimnissen mittels „Beobachten, Untersuchen, Rückbauen oder Testen („reverse engineering“) jedenfalls dann, wenn die einschlägigen Produkte/Gegenstände nicht öffentlich verfügbar gemacht wurden.⁴⁴ Im Fall einer rechtmäßigen Erlangung des Geschäftsgeheimnisses knüpfen die in § 4 Abs.2 Nr.3 GeschGehG vorgesehenen Nutzungs- und Offenlegungsverbote wiederum an bestehende vertragliche Unterlassungspflichten an.
- 25 Umgekehrt sieht § 3 Abs.2 GeschGehG ausdrücklich vor, dass Erlangung, Nutzung und Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen mittels vertraglicher Vereinbarung gestattet werden können. Zuletzt können vertragliche Absprachen auch die (unmittelbar nicht zur Parteidisposition stehende) Frage nach der **Inhaberschaft von Geschäftsgeheimnissen** (und der damit zusammenhängenden „rechtmäßigen Kontrolle“, § 2 Abs. 2 GeschGehG) zum Zeitpunkt ihrer Entstehung maßgeblich beeinflussen – etwa wenn ein Geschäftsgeheimnis durch ein Unternehmen lediglich im Auftrag (und auf Rechnung) eines anderen Unternehmens erschaffen wird und sich die Parteien darüber einig sind, dass es dem Auftraggeber und nicht dem Auftragnehmer zusteht soll.⁴⁵

II. Abdingbarkeit der Bestimmungen des GeschGehG

- 26 Mit dem Verhältnis zum vertraglich vereinbarten Geheimhaltungsschutz eng verbunden ist die Frage, inwiefern die Regelungen des GeschGehG abdingbar sind, insbesondere also durch die Vorgaben einer Geheimhaltungsvereinbarung entschärft oder verschärft werden können. Ausgangspunkt ist dabei, dass die aus einer Geheimhaltungsvereinbarung folgenden Vertragspflichten selbstständig neben die aus dem GeschGehG folgenden Handlungspflichten treten. Den Parteien ist es daher im Grundsatz auch unbenommen, **vertragliche Geheimhaltungs-** und/oder darauf bezogene **Handlungspflichten** zu vereinbaren, die über das Schutzniveau des GeschGehG bzw. die hier vorgesehenen Rechtsbehelfe hinausgehen.⁴⁶
- 27 Anders verhält es sich nach zutreffender Auffassung dagegen mit vertraglichen Absprachen, die unmittelbar den **gesetzlichen Schutzgegenstand** selbst betreffen: Da § 2 Abs.1 Nr. GeschGehG verbindlich festlegt, welche Informationen (unter welchen Voraussetzungen) als Geschäftsgeheimnis gesetzlich geschützt sind, kommt eine Modifikation durch vertragliche Vereinbarung an dieser Stelle nicht in Betracht.⁴⁷ Daraus folgt auch, dass die

44 Alexander WRP 2020 (1385).

45 Alexander WRP 2020, 1385 (1389) unter Verweis auf die zu § 950 BGB ergangene Rechtsprechung, die zwar nicht die Bestimmung als solche, aber die Festlegung darüber, wer von den Parteien als Hersteller anzusehen sein soll, dispositiv ausgestaltet.

46 Alexander WRP 2020, 1385 (1386).

47 Alexander WRP 2020, 1385 (1388).

Stichwortverzeichnis

Die **fetten** Zahlen verweisen auf den Paragraphen, die mageren auf die Randnummer.

- Abänderung **19 39**
Abdingbarkeit **1 26 ff.**, **2 47**,
3 15 f., **5 21 f.**, **26**, **9 8**
– dispositiver Charakter **5 22**
– konkretes Rechtsverhältnis **3 16**
– Legaldefinition **2 47**
– privatautonome Regelung **3 16**
– rechtsgeschäftliche Gestattung
eines Erlangens, Nutzens oder
Offenlegens **3 16**
– vertragliche **5 22**
– zwingender Charakter **5 22**
Abfindung **11 3**
– Angemessenheit **11 8 f.**
– Höhe **11 8 f.**
Abfindungsangebot, Haftungszu-
rechnung **12 18**
Abhilfemaßnahmen **6 18**
Ablehnung, sofortige Beschwerde
20 53
Ablehnungsrecht des Rechte-
inhabers **11 5**
Abschreckende Wirkung **3 34**,
5 47
Absicht **5 5**, **59**, **61**
– das allgemeine öffentliche Inter-
esse zu schützen **5 5**, **59**, **61**
Abwägung **5 35**, **42**
– der kollidierenden Interessen des
Geheimnisinhabers und des
„Verletzers“ **5 42**
– im Wege der praktischen Kon-
kordanz **5 35**
Abweichende Gestaltung **3 3**
Abwendungsbefugnis **11 1**, **3**, **11**
Adressat **5 52**, **65**
– Bekanntgabe des Geschäftsge-
heimnisses **5 52**
– Offenbarung des Geschäftsge-
heimnisses **5 65**
Adressatenkreis **5 47**
AGB **5 23**, **27**
Akteneinsicht **Vor 16 ff.** **14**
– keine **19 41**, **43**
Akteneinsichtsrecht **16 47 ff.**, **18 18**
Aktivlegitimation
– ausschließliche Lizenz **6 23**
– wesensgleiches Minus **6 23**
Allgemeiner Gerichtsstand, Wohn-
sitz bzw. Sitz des Beklagten
15 30
Allgemeines öffentliches Interesse
5 22, **60**
– gewichtige Belange der Allge-
meinheit **5 60**
Allgemeinkundigkeit **2 62**
– maßgeblicher Personenkreis
2 62
– Möglichkeit der Nutzbarma-
chung **2 62**
Analogie **14 15**
Änderungsbefugnis, generelle
20 27
Anfechtbarkeit mit Entscheidung
über Hauptsache **20 10**
Anfechtbarkeit mit Rechtsmittel in
der Hauptsache **19 38**
Anfechtung **20 52**
Anforderungen **20 52**
Angemessene Frist **20 25**
Angemessene Geheimhaltungs-
maßnahme
– Angemessenheit **2 23**
– Aufwand **2 23**
– Beschränkung durch Gesetz-
geber **2 22**
– Geeignetheit **2 23**
– Mittel **2 22 f.**
– Qualitätsanforderungen **2 23**
– rechtlich wirkende Maßnahme
2 22
– tatsächlich wirkende Maßnahme
2 22
– Untermaßverbot **2 23**
– Verbot durch Gesetzgeber **2 22**
– Verhältnismäßigkeit **2 23**
– Zulässigkeit **2 22**

- Zulassung durch Gesetzgeber **2 22**
- Anhängige Geschäftsgeheimnisstreitsache **20 15**
- Anhängigkeit endet mit formeller Rechtskraft der Endentscheidung, Wirksamwerden eines Vergleichs oder Klagerücknahme **20 18**
- Anhörung, nachträgliche **20 12**
- Anhörungspflicht gegenüber der anderen Partei **20 23**
- Anknüpfung, kollisionsrechtliche **1 14 ff.**
- Anordnung
 - Antrag auf Erlass einer **20 39**
 - Hinweis auf Wirkungen **20 46**
- Anordnung ab Anhängigkeit einer Geschäftsgeheimnisstreitsache **20 16**
- Anordnung eines besonderen Vertraulichkeitsschutzes **20 15**
- Anpassung § 19 Abs. 1 an Art. 9 Abs. 2 und 3 Geheimnisschutz-RL **19 2**
- Anpassung des Personenkreises **19 55**
- „An sich“ unerlaubte Weise **5 21**
- Anspruch
 - Erstbegehungsgefahr **6 4**
 - Wiederholungsgefahr **6 4**
- Anspruch auf rechtliches Gehör für Neben- und Zwischenverfahren **20 20**
- Anspruchsausschluss **5 62, 70, 9 19**
 - zivilrechtlicher Anspruch **5 70**
- Anspruchsausschluss wegen Unverhältnismäßigkeit **5 43**
 - im Einzelfall unverhältnismäßig **5 43**
- Anspruchsberechtigter **20 21**
- Anspruchsberechtigung, Inhaber **8 8**
- Anspruchsgegenstand **8 5 ff.**
- Anspruchsgegner, Rechtsverletzer **8 9 f.**
- Anspruchsgrundlage **11 1**
- Anspruchsinhaber, Geheimhaltungsmaßnahme **6 22**
- Anspruchsvoraussetzungen
 - Erstbegehungsgefahr **6 12**
 - Wiederholungsgefahr **6 12**
- Anstalten **2 115**
- Anstifter **2 157**
- Anstiftung **3 22, 29, 5 76**
- Antrag **20 36**
 - Entscheidung über den **20 45**
- Antrag durch eine der Parteien **19 15**
- Antragsberechtigung **16 23, 19 46**
- Antragsrücknahme **11 13**
- Anwendbares Recht **1 14 ff.**
- Anwendbarkeit **9 8**
- Anwendbarkeit auf Unternehmensinhaber **14 14**
- Anwendungsbereich **3 16, 5 6, 9 9, 11 4, 14 13, 15**
 - Anspruch des Rechteinhabers **14 14**
 - Anwendbarkeit auf § 11 **14 15**
 - Anwendbarkeit auf andere gesetzliche Vorschriften **14 16**
 - Anwendbarkeit auf vertragliche Ansprüche **14 16**
 - internationaler **1 13 ff.**
 - richtlinienkonforme Auslegung **1 3**
 - sachlicher **1 4 ff.**
 - Verhältnis zu § 11 **14 11**
 - Verhältnis zu § 9 **14 10**
 - zeitlicher **1 12**
- Arbeitnehmer **3 31, 5 64 ff., 68**
- Arbeitnehmerin **5 64**
- Arbeitnehmerrechte **5 1**
- Arbeitnehmerschutz **1 2**
- Arbeitnehmervertreter **2 99, 3 31, 5 1**
- Arbeitnehmervertretung **3 31, 5 64 f., 68, 70, 79**
 - Aufgabenerfüllung **5 70**
 - Mitglieder **5 79**
 - Rechte **5 68**
- Arbeitsgerichtliches Verfahren
 - arbeitsgerichtlicher Kostenersatzanspruch **14 27**
 - Verhältnis zu § 12a ArbGG **14 27**
- Arbeitsgerichtsbarkeit, Zuständigkeitsregelung **15 21**

- Arbeitsgerichtsverfahren
 - Fristen **15 22**
 - Gebühren **15 22**
- Arbeitsrecht, Ansprüche gegen Beschäftigte **14 22**
- Arbeitsrechtliche Sanktionen **5 78**
- Arbeitsrechtliche Streitigkeit, Arbeitsrechtsweg **15 16**
- Arbeitsrechtsweg **15 14**
- Arbeitsverhältnis **5 78**
 - Haftungszurechnung **12 30**
- Arbeitsvertrag **5 79**
 - Nutzungsbeschränkung **4 42**
 - Verschwiegenheitspflicht **5 79**
- Aufdeckung **3 34, 5 53**
 - einer „illegalen Tätigkeit“ **5 51**
 - eines beruflichen oder sonstigen Fehlverhaltens **5 53**
 - Erforderlichkeit **3 34**
- Aufdeckung einer rechtswidrigen Handlung **5 27, 51 f.**
 - Duldung **5 51**
 - Unterlassung **5 51**
- Aufdeckung von Fehlverhalten **5 45**
- Aufgabenerfüllung **5 64**
 - Rechtmäßigkeit **5 64**
- Aufhebung **19 39**
- Aufkommen neuer Gesichtspunkte **19 39**
- Aufteilung des Tatbestands **3 12**
- Aufzählung **3 26**
- Aufzeichnungen, keine **19 43**
- Auskunft **5 78**
- Auskunftsanspruch **9 6**
 - Haftungszurechnung **12 24**
- Auskunftspflicht, öffentlich-rechtliche **18**
- Auskunftspflichtverletzung, Unternehmensträger **12 25**
- Auskunftsrecht **2 99**
- Auskunfts- und Besichtigungsrecht **3 34**
- Auslegung, einschränkende **3 6**
- Auslegung, richtlinienkonforme **3 3, 13 f., 37**
 - abschließender Charakter von Art. 3 Abs. 1 RL (EU) 2016/943 **3 14**
 - Anwendungsbereich **1 3**
 - Erweiterung durch das nationale Recht **3 14**
- Ausnahme **5 3, 7, 63**
- Ausnahmefall **5 30**
- Ausnahmetatbestand **2 149, 5 6, 21, 39**
 - über Art. 5 RL hinausgehender **5 6**
- Ausnahmetatbestand, der den Schutz von hinweisgebenden Personen zum Gegenstand hat **2 109**
- Ausnahme von den Verletzungstatbeständen **5 29, 31**
 - keine absolute Ausnahme **5 29**
 - nicht abschließende **5 31**
- Ausrichtung des Rechtmäßigkeitsanfordernisses **2 124 f.**
- Ausschluss der Öffentlichkeit **19 1**
- Ausschluss von nicht Gehörberechtigten im Hauptsacheverfahren **20 21**
- Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz **2 3, 5 5 ff., 20**
 - Beschlussempfehlung **5 5 ff., 20**
- Außergerichtliche Anspruchsgeltendmachung, Abmahnung **14 17**
- Ausübung der Kommunikationsfreiheit **5 42**
- Bagatellverstoß **14 21**
- Beauftragtenhaftung **6 28**
- Beauftragter, Haftungszurechnung **12 12**
- Bedingungsfeindlichkeit **11 5, 20 17**
- Befreiung vom Mündlichkeitsgrundsatz **20 10**
- Befugnis endet mit Anhängigkeit **20 18**
- Begründeter Beschluss **19 37**
- Begründeter Verdacht des Hinweisgebers **5 47**
- Begründung **19 49**
- Beihilfe **3 22, 29, 5 76**
- Beihilfehandlung **5 44**
- Beinhaltung zukünftiger Informationsmittel **19 33**

- Bekanntmachungsinteresse
21 13 ff., 17
- Belange des Allgemeinwohls 5 6
- Benennung maßgeblicher Gründe
20 25
- Beobachten 3 26
- Berechtigter Inhaber 19 24
- Berechtigtes Interesse 5 4, 9, 16 ff.,
31, 64, 72 f.
- durch das Unionsrecht oder das
nationale Recht anerkanntes
5 9, 72 f.
 - im Einzelfall konkret festgestell-
tes 5 73
 - Interessenabwägung im Einzel-
fall 5 16, 31, 73
 - Interessen wirtschaftlicher oder
ideeller Art 5 73
 - keine Doppelkontrolle 5 16, 31
 - konkrete Feststellung im Einzel-
fall 5 31
 - Schutz 5 4
- Berechtigtes Interesse an der Ge-
heimhaltung 2 102
- Berechtigung am Informationsge-
halt 2 120
- Berufliche Schweigepflicht 5 63
- Berufliches Fehlverhalten 5 54
- andere Sprachversionen 5 54 f.
 - deutsche Sprachfassung 5 54 f.
- Berufsfreiheit
- des Art. 12 GG 2 39
 - Eingriff in die 7 10
 - Inhaberrecht 7 9
- Berufsständische Norm 5 54
- Berufs- und Wettbewerbsfreiheit
3 8
- Beruhn auf einer Rechtsverlet-
zung 2 167
- Beschäftigter
- fremdnützige Tätigkeit 12 11
 - Haftungszurechnung 12 12
- Beschluss 19 49, 20 10
- Beschränkung des gesetzlichen Ge-
heimnisschutzes 2 85
- Beschränkung des rechtlichen Ge-
hörtums zum Schutz wichtiger Inter-
essen 20 11
- Beschränkung des Zugangs zu In-
formationen durch das Gericht
19 13
- Beschränkung des Zugangs zum
Prozessstoff 19 5
- Beschränkungen 3 28
- Beschränkungen für Verfahrensbe-
teiligte 19 6
- Beschränkungen für Verfahrens-
fremde/Öffentlichkeit 19 6
- Beseitigung 5 78
- Beseitigungsanspruch
- Abdingbarkeit 7 18
 - Abmahnung 7 63
 - Aktivlegitimation 7 21 f.
 - Antragsfassung 7 66
 - Einrede 7 27
 - Erweiterung 7 6
 - Geltungsbereich 7 16
 - Gläubiger 7 21 f.
 - kumulative Geltendmachung
7 25
 - Objekt der Beseitigung 7 20
 - Schuldner 7 23 f.
 - Spende 6 20
 - Verfassungskonformität 7 8
 - Verfügungsgewalt über An-
spruchsobjekt 7 42
 - Verhältnismäßigkeitsgebot 7 57
 - Verhältnis untereinander 7 25
 - Verjährung 7 29
 - verschuldensunabhängiger 7 19
 - Wahlrecht des Gläubigers 7 36
 - Zurechnung 12 22
 - Zwangsvollstreckung 7 68
- Besichtigungsanspruch 4 61
- Besichtigungsverfahren
Vor 16 ff. 15
- Besitz 8 6 ff.
- Besitz, rechtmäßiger 3 28
- Beschränkung der Erlangung
eines Geschäftsgeheimnisses
3 28
 - dauerhafte Erlaubnis 3 28
 - Objekt 3 28
 - tatsächliche Gebrauchsmöglich-
keit 3 28
 - tatsächliche Nutzungsmöglich-
keit 3 28

- tatsächliche Zugriffsmöglichkeit 3 28
- Verbot des Reverse Engineering 3 28
- vertragliche Pflicht 3 28
- wirksam und rechtmäßig vereinbarter Ausschluss des Reverse Engineering 3 28
- Besonderer rechtlicher Schutz der Informationen 19 4
- Besonderes Allgemeinheitsinteresse 5 60
- Besonderheiten 5 77
 - Tatbestand 5 77
- Bestimmtheitsgebot 5 55
- Beteiligung 2 154
- Betriebsgeheimnis 2 1 ff., 51
 - öffentliches Recht 2 2
 - Privatrecht 2 2
 - Rechtsprechung 2 2
- Betriebsrat 3 32, 5 65
- Betriebsspionage 23 9
- Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) 3 32, 5 65, 68, 79
- Beweislast 8 49, 9 5, 21, 11 13, 14 24, 29
- Beweismaß, Senkung 20 8
- Beweismittel
 - Freibeweis 20 30
 - sofort verfügbare 20 32
- Beweiswürdigung, freie 20 34
- Bezeichnung der Informationen 19 17
- Bezugsgegenstand 2 57
- BGB 5 7
- Bindung neu beteiligter Personen 19 53
- Bindungswirkung, fehlende 20 27
- Computerprogramm 3 30, 45
- Confidentiality club
 - Vor 16 ff.** 28 ff., 16 37 f.
- Darlegungslast 9 21, 11 13, 14 24, 29
- Darlegungs- und Beweislast 2 111, 131, 139, 162, 3 41, 5 80
 - Ergreifen angemessener Geheimhaltungsmaßnahmen 2 111
 - Geheimheit 2 111
 - negative Tatsachen 2 111, 139
 - Untermaßverbot 2 111
- Datei 7 35
- Datenleck 2 3
- Datenschutzrecht 8 43
- Datensicherheit 2 91
- Datenübermittlung, unrechtmäßige 2 3
- Dauer der Verletzungshandlung, Erledigung 6 21
- Dauerhafte Entfernung
 - Dauer 7 49
 - geschuldeter Erfolg 7 47 f.
 - Kosten 7 50
- Dauerverpflichtung 18 2, 8 f.
- Defensives Geheimnis 5 83
- Dienstleistung 3 25
- Dilemma **Vor 16 ff.** 1, 16 5 f.
- Disponibilität 5 24, 26 f.
- Dispositives Recht 3 16
- Dispositivität 2 47
 - Legaldefinitionen 2 47
- Doppelkontrolle eines berechtigten Interesses 5 83
- Doppelschöpfung 3 1, 41
 - Anscheinsbeweis 3 41
- Dringlichkeit, Vermutung 8 48
- Dritte 3 20, 8 12
- Drittinteressen 19 25
- Durchsetzung
 - einstweilige Verfügung 8 47
 - Stufenklage 8 47
- Effektiver Rechtsschutz 8 3
- Eidesstattliche Versicherung 8 13, 50
- Eigeninteresse 5 6
- Eigentlicher Verstoß gegen ein Handlungsverbot 5 38
- Eigentumsgarantie 5 35
- Eignung 5 61
- Eilrechtsschutz
 - Notzuständigkeit Amtsgericht 15 11
 - Zuständigkeitsregelung 15 10
- Eine natürliche Person pro Partei 19 30
- Eingriff in allgemeine Handlungsfreiheit, Gebot effektiven Rechtsschutzes, der prozessualen Waf-

- fengleichheit oder des fairen Verfahrens **19 8**
- Einreichung einer Abschrift mit Unkenntlichmachung der Informationen **20 9**
- Einreichung eines Schriftstücks durch den Antragsteller **20 39**
- Einstufung als geheimhaltungsbedürftig, § 16, Prophylaxe **6 35**
- Einstufung als Geschäftsgeheimnis **19 4**
- Einstufungsentscheidung
Vor 16 ff. 27 ff.
- Einstweiliger Rechtsschutz
- Analogie **6 36**
 - Dringlichkeit **6 36**
 - Glaubhaftmachung **6 32**
- Einverständnis, vermutetes **20 42**
- Einwendung, rechtshindernde **3 40**
- Einzelfallabwägung **19 37**
- Einzelfall-Berücksichtigung **19 22**
- Einzelinteresse **5 1**
- Empfänger **8 19**
- Ende der von der Anordnung ausgehenden Wirkung **20 19**
- Entdeckung **3 3, 9, 17 f., 23**
- doppelte **3 23**
 - eigenständige **3 3, 9, 13, 17, 18**
 - mehrfache **3 23**
 - richtlinienkonforme Auslegung **3 18**
 - unabhängige **3 3, 9, 13, 18**
- Entfall des Rechts auf Teilnahme **19 42**
- Entfernungsanspruch, Richtlinienkonformität **7 14**
- Entstehungsgeschichte **2 1 ff., 3 1, 5 2**
- Haftungszurechnung **12 1**
 - Verbotsnorm **4 3 ff.**
- Entwicklung **5 71**
- Absehbarkeit **5 71**
 - Erkennbarkeit **5 71**
 - künftige **5 71**
- Erfolgsaussichten **19 26**
- Erfolgshonorar **22 3**
- Erforderlichkeit **5 47**
- Erfordernis der Zuverlässigkeit der zuzulassenden Personen **19 2**
- Erlangung
- Erlangung über Vortäter **4 50 f.**
 - Zugriffshandlungen **4 28 f.**
- Erlangung, Nutzung, Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen
- Legitimierung **3 10**
 - Legitimierung aufgrund eines Gesetzes **3 10**
- Erlangung eines Geschäftsgeheimnisses **3 20, 29, 5 7, 15, 21, 34, 36, 45, 52 f., 58, 64, 67, 76 f., 83**
- Ansiehbringen **3 20**
 - französische Fassung **3 20**
 - französische Übersetzung **5 15**
 - keine Rechtsverletzung **3 29**
 - Kenntnisnahme **3 20**
 - rechtlich zulässige **3 29**
 - Rechtmäßigkeit **5 67 f.**
 - rechtswidrige **5 7**
 - spanische Fassung **3 20**
 - spanische Übersetzung **5 15**
 - Zufallsfund **5 67**
- Erlaubnistatbestand **2 147, 3 1, 6, 10, 36**
- aufgrund eines Gesetzes **3 1, 6**
 - durch Rechtsgeschäft **3 1, 6**
 - Positivliste echter **3 4 f.**
 - spezialgesetzliche Regelung **3 6**
 - Voraussetzungen **3 36**
 - Whitelist echter **3 4**
- Erlaubte Handlungen, konkrete Positivliste **3 5**
- Ermessensabwägung **19 37**
- Ermessensausübung **16 29 ff.**
- Ermessensentscheidung **19 48**
- Erreichung der Sicherung von Interessen **19 20**
- Ersatzanspruch **14 7**
- Ersatzanspruch des Anspruchsgegners
- Aufwendungsersatzanspruch **14 26**
 - Kosten der Rechtsverteidigung **14 26**
 - vertraglicher Ersatzanspruch **14 28**
 - weitere Ersatzansprüche **14 28**
- Ersatzpflicht **18 17**

- Erschöpfung 3 9
- eigenständige 3 9
 - unabhängige 3 9
- Erstreckung auf das Zwangsvollstreckungsverfahren 19 10
- Erwägung, subjektive 3 34
- Erwägungsgrund 2 103, 5 19, 33, 75
- fehlende rechtliche Verbindlichkeit 5 19, 33, 75
- Erweiterung Schutzzumfang 1 24
- Erwerb, rechtsgeschäftlicher 3 20
- Erwerb eines Geschäftsgeheimnisses 5 13, 15
- EU Data Act 2 3, 45, 109 f., 140 f.
- Geschäftsgeheimnis 2 45, 110
 - Inhaber eines Geschäftsgeheimnisses 2 45, 110, 141
 - Legaldefinition eines Geschäftsgeheimnisses 2 141
 - Schnittstelle zum GeschGehG 2 110
 - Zugang zu den von IoT-Geräten erzeugten Daten 2 141
- EUGRCh 5 82
- Ex ante-Beurteilung 2 87, 5 61
- Zeitpunkt 2 87
- Externe Dritte 5 68
- Weitergabe 5 68
- Fallbeispiel 5 4, 22
- Fehlende Anhörungspflicht 20 23
- Fehlverhalten 5 45
- berufliches und sonstiges 5 48
- Feststellung 5 16
- konkret im Einzelfall 5 16
- Folgensprüche 8 36
- Folgenbeseitigung 7 5
- Form, schriftliche 8 25
- Formelle und materielle Voraussetzung 19 12
- Forschungseinrichtung 2 116
- Freie Meinungsäußerung oder Informationsfreiheit 5 77
- Ausübung 5 77
- Freiheit der Berufsausübung 5 35
- Frist, unverzügliche 8 26
- Funktionsfähigkeit des verfahrensrechtlichen Geheimnisschutz 20 13
- Gebührenstreitwert 22 2
- Gefährdung durch unzuverlässige Personen 19 5
- Gegenstand 3 25, 28
- körperliches Objekt 3 25
 - unkörperliches Objekt 3 25
 - verfügbar machen 3 28
- Gegenüberstellung der Rechte des Antraggegners 19 25
- Geheimhaltung 2 12, 5 78
- Beratungspraxis 6 34
 - subjektiver Wille 2 12
 - System 6 34
- Geheimhaltungsanordnung **Vor 16 ff.** 11 ff., 19 19
- Formalien zur Entscheidung über eine 20 43
- Geheimhaltungsinteresse 2 26 f., 5 19, 83, 19 23
- Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz 2 26
 - Geheimheit einer Information 2 100
 - legitimes 2 26, 5 83
 - Objektivierung 2 26
 - RefE 2 26
 - RegE 2 26
 - Schutzanforderungen 2 26
 - Selbstwiderspruch der Rechtsordnung 2 101
 - überwiegendes 19 22
 - wirtschaftlicher Wert 2 100
- Geheimhaltungsinteresse, berechtigtes 2 10, 99, 5 83
- Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz 2 99
 - gesetzeswidrige Vorgänge 2 10
 - Handlungsanweisung 2 105
 - in der Verheimlichung liegender Wert 2 103
 - Legalität der Nutzungsmöglichkeit 2 104
 - Möglichkeit der Nutzung 2 104
 - Nutzungsmöglichkeit 2 105
 - Nutzungsmöglichkeit für sein Unternehmen 2 103
 - objektive Nutzbarkeit des Geheimnisses 2 104
 - rechtswidrige Handlung 2 107

- relative Geheimheit 2 10
- richtlinienkonforme Auslegung 2 99
- sittenwidriger Vorgang 2 10
- Zweckbestimmung des Inhabers 2 103
- Geheimhaltungsmaßnahme 2 21 ff., 83 ff.
 - aktive Etablierung 2 83
 - Angemessenheit 2 85 ff.
 - Angemessenheitsprüfung 2 84 ff.
 - Datensicherheit 2 91
 - objektive Tatbestandsvoraussetzung 6 31
 - Verschwiegenheitsvereinbarung 6 26
 - zurechenbarer Willensentschluss des Inhabers des Geschäftsgeheimnisses 2 83
- Geheimhaltungsmaßnahme, angemessene 2 21 ff., 66 ff., 71, 85 f., 95
 - aktives Ergreifen 2 70
 - aktiv ins Werk gesetzte Maßnahme 2 67
 - Aneignung von Innovationen 2 21
 - angemessener Schutz 2 72
 - Angemessenheitserfordernis 2 71, 93
 - Art. 32 DS-GVO 2 94
 - Aufwand 2 89
 - Ausschluss anderer Personen 2 21 f.
 - Bedeutung für das Unternehmen 2 71
 - Beschränkung der Personen, die Zugang haben 2 71
 - Bestandsaufnahme 2 69 f.
 - bestmöglicher Schutz 2 72
 - Beurteilung durch den rechtmäßigen Inhaber 2 88
 - Branche 2 98
 - Darlegungs- und Beweislast 2 97
 - datenschutzrechtliche Grundsätze 2 94
 - Datensicherheit 2 94
 - Disposition des Inhabers von Geschäftsgeheimnissen 2 66
 - Disproportionalität 2 95
 - Dokumentation des Vorgehens 2 69
 - ergänzende Funktion 2 95 f.
 - Erlaubtheit der Geheimhaltungsmaßnahme 2 73
 - Erwartungen des Berechtigten 2 21
 - ex ante-Beurteilung 2 87
 - Feststellung der Bedrohung der Geheimheit 2 69
 - geeignete Vorsorge- und Gegenmaßnahmen 2 69
 - gegen Erlangung von Informationen 2 72
 - gegen Offenlegung von Informationen 2 72
 - Geheimhaltungsvereinbarung 2 68
 - Geheimheit erhaltende Vorkehrungen 2 21
 - Geheimnisschutz-RL 2 21, 86
 - Gesamtaufwand 2 95
 - gesetzlicher Geheimnisschutz 2 73
 - gesetzlicher Schutz 2 67
 - Horizont des rechtmäßigen Inhabers 2 88
 - Identifikation der als Geschäftsgeheimnis zu schützenden Informationen 2 69
 - Identifikation der Gefahren 2 69
 - im Ergebnis angemessene Maßnahme 2 70
 - Inhaber eines Geschäftsgeheimnisses 2 21
 - Interessenausgleich 2 94
 - keine Rechtsgrundlage 2 68
 - Klassifizierung 2 70
 - konkrete Information als Bezug 2 70
 - legitime Erwartungen 2 21
 - legitime Vertraulichkeitserwartungen 2 88, 93
 - maßgebliche Perspektive 2 98
 - Maßstab 2 89

- Mindestmaß 2 95 f.
- need to know-Basis 2 71
- negative Tatsache 2 97
- Obergrenze 2 92, 96
- objektive Eignung 2 71
- Privatautonomie 2 68
- rechtlich wirkende Geheimhaltungsmaßnahme 2 96
- Reduktion des Geheimhaltungsaufwands 2 92 f.
- Reduzieren des Aufwands 2 89
- regelmäßige Wiederholung der Überprüfung 2 69
- richtlinienkonforme Auslegung 2 86
- subjektive Bestimmung 2 71
- tatsächlich wirkende Maßnahme 2 74
- übermäßige Geheimhaltungsmaßnahme 2 92
- Umstände des Einzelfalls 2 98
- Untergrenze 2 92 f.
- Untermaßverbot 2 95
- UWG 2 66 f., 96
- Verhältnismäßigkeitsprinzip 2 95
- Vertragsstrafe 2 96
- Vorgehen 2 69 f.
- wirksame Geheimhaltungsmaßnahme 2 98
- Zurückbehaltungsrecht 2 68
- Geheimhaltungsmaßnahme, Anwendung 2 81
- Kontrolle des Inhabers des Geschäftsgeheimnisses 2 81
- Verantwortlichkeit des Inhabers des Geschäftsgeheimnisses 2 81
- Geheimhaltungsmaßnahmen in rechtlicher Gemeinschaft kontrollieren, Kontrolle verbindendes Rechtsverhältnis 2 133
- Geheimhaltungspflicht 16 33 ff.
- Geheimhaltungsvereinbarung
 - Auswirkungen GeschGehG 1 30 f.
 - Verhältnis zum GeschGehG 1 23 ff.
- Geheimhaltungswille 2 9, 67
 - allgemeiner Wille 2 9
 - Betriebsinterna 2 9
 - Erkennbarkeit 2 90
 - UWG 2 67
- Geheimheit 2 8 f., 16 ff., 20 ff., 28, 56 f.
 - allgemeine Bekanntheit 2 56, 58
 - Anforderungen 2 58 f.
 - Anordnung der Bestandteile von Informationen 2 16
 - Anordnung der Informationen 2 57
 - Ausschluss 2 59
 - berechtigtes Geheimhaltungsinteresse 2 20
 - Bezugsgegenstand 2 57
 - Erheblichkeitsschwelle 2 59
 - Geheimnisschutz-RL 2 20, 57
 - Gesamtheit der Bestandteile von Informationen 2 16
 - Gesamtheit der Informationen 2 57
 - Information 2 16 ff., 28, 57
 - Kenntnis 2 59
 - kommerzieller Wert 2 21
 - Kontrolle durch Geheimnisinhaber 2 61
 - Legalität der Kenntnis 2 58
 - Legalität des Zugangs 2 58
 - liquide Zugänglichkeit 2 58
 - Lizenzierung 2 61
 - Parallelschutz 2 60
 - Personenkreis 2 8
 - Quellen ohne spürbare Hindernisse 2 59
 - Rechtmäßigkeit 2 20
 - relative 2 9 f., 56, 67
 - Schutzgegenstand 2 28
 - Speicherung 2 57
 - spürbares Hindernis 2 59
 - Stellung im Wettbewerb 2 20
 - TRIPS 2 57
 - Übersetzungsfehler 2 16, 57
 - UWG 2 8, 20
 - Zugänglichkeit 2 56, 58
 - Zusammensetzung der Bestandteile von Informationen 2 16
 - Zusammensetzung der Informationen 2 57

- Geheimheitsschädlich 2 60
 - allgemeine Bekanntheit 2 60
 - allgemeiner Zugang 2 60
- Geheimnis 2 7, 18, 5 19
 - aktives 2 5
 - Bezugsgegenstand 2 18
 - defensives 2 5
 - Exklusivität 2 18
 - Gegenstand 2 7
 - Geheimheit einer Information 2 18
 - kaufmännisches 2 4
 - kommerzieller Wert 2 18 f.
 - technisches 2 4
 - UWG 2 7
 - Wert 2 18
 - Zuordnung 2 18
- Geheimnisbruch 5 18
- Geheimnisprozess 2 97
- Geheimnisschutz 2 10 f., 5 79
 - Harmonisierung 2 11
 - Reform 4 15
 - Stammgesetz 4 15
 - UWG 2 10 f.
 - vollständiger 3 23
- Geheimnisschutz, gesetzlicher 2 102
 - nationaler Sittenwidrigkeitsmaßstab 2 102
 - nationales Recht 2 102
- Geheimnisschutzantrag **Vor 16 ff.**, 22 ff.
- Geheimnisschutz-RL 2 28, 4 5 ff., 5 71
 - Abweichungen im GeschGehG 4 19 ff.
 - autonome Auslegung 4 9, 19
 - Bericht über Auswirkungen 4 6
 - Binnenmarkt 4 7
 - Entstehungsgeschichte 4 6 ff.
 - Gründe für Erlass 4 7
 - Harmonisierungsgrad 4 8
 - mittelbare Verletzungshandlung 4 20
 - Unterschiede im Vergleich zum RL-Vorschlag 4 13
 - Vorgaben für Verbotsnorm 4 10 ff.
- Geheimnisträger 7 31 f.
 - Abwandlung 7 33
 - Besitz 7 34
 - Eigentum 7 34
 - nicht verkörperter 7 35
- Geheimnisverletzung 5 3, 28, 39
 - zur Ausübung der Grundrechte des Art. 11 GRCh 5 39
- Gehilfe 2 157
- Gehörgewährung 19 36
 - nachträgliche 20 5
- Geistige Eigentumsrechte 2 21
- Geistiges Eigentum 2 18
 - Exklusivität 2 18
 - Rechte 2 18
- Geltendmachung des Missbrauchseinwandes 14 24
- Geltendmachung materiellrechtlicher Ansprüche 20 3
- Geltungsbereich 3 15, 5 21, 9 8
 - persönlicher 3 15
 - sachlicher 3 15
- Geltungsbereich der Legaldefinitionen 2 43 ff.
 - andere Gesetze 2 45
 - EU Data Act 2 45
 - Gesamtrechtordnung 2 44
 - Geschäftsgeheimnis 2 44 ff.
 - GeschGehG 2 43
 - HinSchG 2 45
 - mittelbare Übernahme 2 45
 - öffentlich-rechtlicher Begriff des Geschäftsgeheimnisses 2 45
 - Rechtsgeschäft 2 45
 - untergesetzliche Norm 2 45
 - Vorbild 2 46
- Gemischte Motivationen 5 61
- Gemischt objektiv-subjektiver Maßstab 5 47
- Generalklausel 5 4, 9, 16, 30, 71 f.
- Gericht, Berufungsverfahren 20 56
- Gericht der Hauptsache 19 18, 20 55
- Gerichtliche Anspruchsgeltendmachung
 - einstweiliges Rechtsschutzverfahren 14 17
 - Klageverfahren 14 17
- Gerichtskosten 20 51
- Gerichtsverfahren 16 43
- Gesamtschuldner 2 160, 8 11